

Große Anfrage

der Gruppe der PDS

Zur Lage in Ostdeutschland

Vorbemerkung

Fast sieben Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in einer tiefen Vereinigungs-krise. Die Vereinigungspolitik der Bundesregierung ist aus der Sicht der meisten Menschen in Ost und West gescheitert.

Der Spruch von 1990 „Niemandem wird es schlechter gehen, aber vielen wird es besser gehen“ und die Versprechungen über „blühende Landschaften“ haben mit der heutigen Wirklichkeit in Ostdeutschland nichts zu tun.

Es besteht ein großer Widerspruch:

Die Vereinigung hat den ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern der DDR einerseits größere individuelle Lebensqualität – insbesondere durch einen deutlichen Zuwachs an Demokratie und politischen Freiheitsrechten – gebracht. Andererseits aber sind soziale Menschenrechte und gemeinschaftliche Lebensformen eingeschränkt worden. Für viele Ostdeutsche kommt die Erfahrung hinzu, daß ihre Lebensleistungen nicht anerkannt, ja entwertet werden.

Die herrschende Politik zementiert Unterschiede zwischen Ost und West. Gleichzeitig wird Ostdeutschland als Experimentierfeld mißbraucht, um Demokratie und soziale Regelungen in ganz Deutschland abzubauen.

Es ist jedoch notwendig, die politische, ökonomische, soziale, kulturelle, juristische und politisch-psychologische Benachteiligung der Ostdeutschen aufzuheben. Ihre spezifischen Erfahrungen aus zwei Gesellschaftsordnungen, aus einem gesellschaftlichen Umbruch und ihr gewachsenes Selbstbewußtsein müssen für eine zukunftsfähige, soziale und ökologische, freiheitliche und demokratische Berliner Republik eingebracht werden.

Enorme finanzielle Leistungen gingen in den vergangenen sieben Jahren von West nach Ost. Allerdings ist schon die Begriffswahl „Transferleistung“ diskriminierend, weil sie sich deutlich von jener unterscheidet, die in gleich gelagerten Fällen gegenüber alten

Bundesländern getroffen wurde und wird. Während alte Bundesländer „Bundeszuschüsse“ erhalten, bekommen neue Bundesländer „Transferleistungen“, was nach Auslandsüberweisung klingt. Unverständlich ist auch, weshalb viele Regelleistungen des Staates im Gegensatz zu Westdeutschland für den Osten als Transfer gerechnet werden und weshalb selbst Gehälter von Beschäftigten aus den alten Bundesländern im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer so berechnet werden. Verschwiegen wird, daß es einen noch nie gekannten Transfer von Vermögen und Eigentum von Ost nach West gegeben hat. Da sich die Bundesregierung ständig weigert, die Vermögensbilanz der DDR zum Zeitpunkt der Währungsunion oder der staatlichen Vereinigung zu veröffentlichen, sind die exakten Zahlen nicht bekannt. In der Öffentlichkeit weitgehend nicht wahrgenommen wird, wer die eigentlichen Gewinner der Einheit sind: die westdeutschen Banken, Versicherungen, Handelsketten, Bau- und Industrieunternehmen sowie die Alteigentümer. Nach seriösen Schätzungen haben allein die westdeutschen Banken aus der Vereinigung einen Gewinn von zusätzlich 20 Mrd. DM erzielt. Die Treuhandanstalt hat rund 85 Prozent des produktiven Vermögens in den Besitz westdeutscher Unternehmen und 10 Prozent an ausländische Unternehmen überführt. Nur 5 Prozent aller Betriebe sind bei der Privatisierung in den neuen Bundesländern an Ostdeutsche gegangen. In beachtlichem Umfang hat auch ein Zugriff auf das Privatvermögen der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR stattgefunden, z. B. auf ihre Sparvermögen, auf erworbene Rentenansprüche, Häuser und Grundstücke. Das verheerende Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ bedroht nach wie vor eine Vielzahl von Nutzerinnen und Nutzern und Eigentümerinnen und Eigentümern von Grundstücken. Nach wie vor sind die Angriffe auf die Ergebnisse der Bodenreform nicht eingestellt. Die Rechtsunsicherheit ist groß.

Während die Bundesregierung ansonsten die Realitäten aus der DDR negiert, nutzte und nutzt sie die fiktiven Altschulden, die in dieser Zeit entstanden sind, um ehemalige volkseigene Betriebe, Genossenschaften, damit u. a. auch Mieterinnen und Mieter, und Kommunen in unerträglicher Weise zugunsten der privaten Banken zu belasten.

Viele der im Einigungsvertrag formulierten Ziele und Rechtsgrundlagen werden entweder nicht erfüllt oder verletzt.

In seiner Regierungserklärung vom 23. November 1994 verkündete der Bundeskanzler, daß „der wirtschaftliche Aufholprozeß in den neuen Bundesländern eindrucksvoll und ganz unbestritten vorangekommen“ ist. Die Fakten heute sind anders: Der wirtschaftliche Aufholprozeß gegenüber Westdeutschland stagniert bzw. ist rückläufig. 1996 hat Ostdeutschland bei einem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 11 Prozent. Die Industrieproduktion in Ostdeutschland hat gegenüber 1989 noch nicht einmal die Hälfte des Niveaus erreicht. Der Anteil Ostdeutschlands am Gesamtwarenxport der Bundesrepublik Deutschland betrug 1995 knapp 2 Prozent. Dies sind Ergebnisse einer Politik, die das ostdeutsche

Wirtschaftsgebiet schockartig an das Wirtschaftsgebiet der alten Bundesländer und der EU angegliedert hat. Die Wirtschaft der neuen Länder hat den Charakter einer Filialökonomie angenommen. Die Mehrzahl der Industriefirmen fungiert als verlängerte Werkbank mit relativ geringer Wertschöpfung. Über die Entwicklung der ostdeutschen Dependenzunternehmen wird in westdeutschen Zentralen entschieden. Mit den Ostfirmen wurden auch deren Binnenproduktion und Osthandelsbeziehungen durch die westdeutschen Zentralen übernommen, abgewickelt und zum großen Teil durch Lieferungen aus Unternehmen der alten Bundesländer ersetzt.

Ein Großteil der in den neuen Bundesländern eingesetzten Fördermittel und Subventionen ist durch die entstandenen Unternehmensstrukturen und durch die Art und Weise der Förderung nach Westdeutschland zurückgeflossen.

Aus einem Industrieland ist ein Entwicklungsgebiet geworden.

Seit der Wirtschafts- und Währungsunion wurden von den damals bestehenden 9,6 Millionen Arbeitsplätzen 3,4 Millionen vernichtet, davon allein 2 Millionen in der Industrie und mehr als 600 000 in der Landwirtschaft.

Die Unterbeschäftigung der ostdeutschen Bevölkerung beträgt ca. 30 Prozent. Offiziell sind 680 000 Frauen, 507 000 Männer, 24 000 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet.

Die Arbeitslosenquote stieg in den neuen Ländern von 14,8 Prozent (1992) auf 17,3 Prozent (Juni 1997) an. Der Abbau der Fördermaßnahmen bei gleichzeitig steigenden Arbeitslosenzahlen wirkt sich verheerend aus. Waren im Mai 1996 von 100 Arbeitslosen noch 32 in einer arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsmaßnahme untergebracht, waren es ein Jahr später nur noch 25 von 100.

Die Kürzungspolitik der Bundesregierung bei Arbeitsfördermaßnahmen wirkte sich zu 90 Prozent zum Nachteil der Frauen aus.

Ein besorgniserregendes Zeichen ist die kontinuierliche Abnahme der Bevölkerung zwischen Elbe und Oder.

Die strukturelle Anpassung der ostdeutschen Bildungs- und Wissenschaftslandschaft an westdeutsche Muster hat zu sozialen Rückschritten geführt. Der Zugewinn an Freiheit und Eigenverantwortung in Bildung und Wissenschaft wird durch weiteren Personalabbau und finanzielle Restriktionen in den Hintergrund gedrängt.

Nach dem Anschluß wurde von den ca. 2 Millionen Hoch- und Fachschulabsolventen der DDR über 1 Million aus dem Berufsleben ausgegrenzt. Der Politik der Treuhandanstalt fielen 200 000 Berufsausbildungsplätze zum Opfer. Zehntausende Jugendliche sind auch im neuen Ausbildungsjahr noch ohne Lehrstelle. Von vormals 85 000 Beschäftigten in der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung sind weniger als 15 000 übriggeblieben.

Das übergestülpte mehrgliedrige Schulwesen westdeutscher Machart wurde und wird von der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung abgelehnt und verschärft die Probleme beim Erhalt von Schulstandorten.

Der monatliche Bruttoverdienst der Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe ist 1996 in Ostdeutschland auf durchschnittlich 72,5 Prozent des Westniveaus gestiegen. Das bedeutet, daß die Menschen im Osten für die gleiche Arbeit und bei steigenden Preisen nach wie vor geringere Löhne und Gehälter beziehen als die Menschen im Westen. Eine weitere Folge besteht im geringeren Arbeitslosengeld im Fall von Arbeitslosigkeit und in Zukunft in geringeren Renten.

In den vergangenen sieben Jahren wurde vielfältiges Sonderrecht für Ostdeutschland geschaffen. Zahlreiche Ostdeutsche werden nach wie vor juristisch diskriminiert und verfolgt: im Rentenrecht, bei der Laufbahnzeitberechnung, bei der Inanspruchnahme von Entschädigungen, beim offiziellen Umgang mit Gauck-Bescheiden, beim Ausschluß von bestimmten öffentlichen Aufgaben und mittels politischer Strafverfolgung.

Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit greift im Osten um sich. Ein enormes Konfliktpotential hat sich gebildet. Die Kritik einer Mehrheit der Ostdeutschen an den Defiziten der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland – so das Fehlen sozialer Grundrechte und direkter Bürgerbeteiligung – nimmt zu. Wenn sich die herrschende Politik nicht schnell und grundsätzlich ändert, wird Deutschland erneut gespalten werden, die Chancen der Einheit langfristig verspielt.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Allgemeines

1. Worin sieht die Bundesregierung die wichtigsten Unterschiede in den sozialen, gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen?
Wie beurteilt die Bundesregierung diese Unterschiede?
Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es eine besondere „ostdeutsche Identität“ gibt, und worin sieht sie diese begründet?
Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die in Meinungsumfragen immer deutlicher werdende Kritik einer Mehrheit der Ostdeutschen (so kürzlich in der Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung – vgl. Junge Welt vom 30. Mai 1997) an Demokratiedefiziten auf Bundesebene im vereinigten Deutschland (Fehlen sozialer Grundrechte und direkter Bürgerbeteiligung)?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Seniorinnen und Senioren, besonders Hochbetagte, auch sieben Jahre nach dem Beitritt zum Teil große Schwierigkeiten mit der Bewältigung ihrer sozialen Situation haben, und wenn ja, wo

sieht sie dafür die Ursachen, und wie will sie diesem Umstand begegnen?

II. Beschäftigung/Arbeitslosigkeit/Arbeitsförderung

4. Wie entwickelten sich in den Jahren 1991 bis 1996 für die einzelnen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung die Ausgaben für leistungsberechtigte Bürger und Bürgerinnen in Ostdeutschland und die Beitragseinnahmen in Ostdeutschland?

Wie lauten die jeweiligen Vergleichszahlen für Westdeutschland?

Welche Entwicklungen erwartet die Bundesregierung jeweils für die Jahre 1997 bis 2000?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Aufbau funktionierender Sozialversicherungssysteme in Ostdeutschland eine vereinigungsbedingte Aufgabe und als solche aus Steuermitteln zu finanzieren ist?

Um wie viele Prozentpunkte könnten bundesweit die Beitragssätze in den einzelnen Sozialversicherungszweigen gesenkt werden, wenn die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen in Ostdeutschland durch Steuermittel ausgeglichen werden würde?

6. Wie entwickelten sich in West- und Ostdeutschland seit 1991 die durchschnittlichen Ausgaben für Arbeitslosengeldbezieherinnen und Arbeitslosengeldbezieher einerseits und Arbeitslosenhilfebezieherinnen und Arbeitslosenhilfebezieher andererseits (getrennt für Männer und Frauen, für Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher mit und ohne Kind)?

Wie verteilen sich die jeweiligen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher auf die einzelnen Zahlklassen (möglichst im Jahresvergleich und in Klassen von 100 DM)?

Wie verteilten sich die Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher jeweils in Ost- und Westdeutschland auf Wochenarbeitsentgeltklassen (möglichst im Jahresvergleich und in Klassen von 100 DM)?

7. Wie viele Bezieherinnen und Bezieher von AFG-Lohnersatzleistungen erhielten nach den Erkenntnissen der Bundesregierung monatliche Leistungen unterhalb des Sozialhilfesatzes für einen Alleinstehenden jeweils in Ost- und Westdeutschland?

Wie entwickelte sich die Zahl derjenigen, die ergänzend zu AFG-Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten?

8. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, wie viele Personen 1996, getrennt für Ost- und Westdeutschland, aufgrund fehlender Bedürftigkeit trotz Antragstellung keine Arbeitslosenhilfe erhielten?

9. Wie entwickelte sich seit 1991, getrennt für Ost- und Westdeutschland, die Zahl derjenigen Fälle, in denen Sozialhilfe

wegen der „Hauptursache Arbeitslosigkeit“ gezahlt werden mußte?

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung, und was gedenkt sie gegen diese Form der „Kommunalisierung von Arbeitslosigkeit“ zu unternehmen?

10. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, wie sich in Ostdeutschland im Verhältnis zu Westdeutschland seit 1991 die Zahl derjenigen Arbeitslosen entwickelte, die nicht im Leistungsbezug des Arbeitsamtes standen und sich aus diesem Grund nicht mehr beim Arbeitsamt arbeitslos melden?
11. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über das Arbeitssuchverhalten Ostdeutscher, z. B. hinsichtlich unaufgeforderter Nachfragen beim Arbeitsamt, Bereitschaft zur Aufnahme berufsfremder Arbeit, Bereitschaft zur Aufnahme von niedriger bezahlter Arbeit und Arbeit mit Löhnen auf bzw. unter dem Niveau von bisherigem Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Beobachtungen, die der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk in der Studie „Menschen im Schatten“ vom Mai 1997 unter dem Punkt „Umgang mit Ämtern und Behörden“ mitteilen: „Ämter und Behörden werden von den Klientinnen und Klienten von Caritas und Diakonie keineswegs durchweg als Dienstleister erlebt. Wenn diese als Hilfesuchende oder Antragsteller den Gang zu einem Amt antreten müssen, geht das Gefühl eigener Machtlosigkeit (62,7 %) häufig Hand in Hand mit dem Empfinden von Sturheit und mangelnder Hilfsbereitschaft bei Behördenmitarbeitern (48,2 %). Daß Ämter gut über persönliche Rechte und Pflichten informieren, bestreiten 72,3 % der Befragten. Sie geben aber doch zu, schon einmal Hilfe erfahren zu haben (75,5 %). Ebenso geben drei Viertel dieser Personengruppe an, daß sie im Umgang mit Behörden viel Neues lernen müssen (77,6 %) und sich damit überfordert fühlen. Viele von ihnen durchschauen ihre Rechte und Pflichten noch nicht (59 %)“?

Auf welchem Wege und mit welchen Mitteln gedenkt die Bundesregierung das Verhältnis zwischen Behörden und Ratsuchenden und Antragstellern zu verbessern?

13. Welche Regionen (Städte, Landkreise, Arbeitsamtbezirke) in Ostdeutschland weisen seit 1991 kontinuierlich eine höhere Arbeitslosenquote und Unterbeschäftigungsquote (nach den Berechnungen des IAB) auf als
 - a) die jeweilige westdeutsche durchschnittliche Quote und
 - b) die jeweilige ostdeutsche durchschnittliche Quote?In welchen Regionen liegt die Arbeitslosen- und die Unterbeschäftigungsquote und seit wann
 - a) unter dem ostdeutschen Durchschnitt und
 - b) unter dem westdeutschen Durchschnitt?

Sieht die Bundesregierung für Ostdeutschland Tendenzen zur Herausbildung von „Wachstumsregionen“ und „Verarmungsregionen“?

14. Wie entwickelt sich quartalsweise seit 1991 die Zahl der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung in Ostdeutschland?

Welchen voraussichtlichen Arbeitsplatzeffekt und welche voraussichtlichen Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahl hätte eine Anpassung der durchschnittlichen wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen in Ostdeutschland an die Arbeitszeit in Westdeutschland?

15. Trifft es zu, daß Vertreter der Bundesregierung 1991 die Wohlfahrtsverbände aufgefordert haben, die Instrumente zur Arbeitsförderung zum Aufbau einer an westdeutschen Verhältnissen orientierten sozialen Infrastruktur in Ostdeutschland zu nutzen?

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die einseitige Abhängigkeit dieser sozialen Dienstleistungen von Arbeitsfördermitteln – auch aufgrund der ausgebliebenen ausreichenden finanziellen Ausstattung der Kommunen – zu beheben?

16. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten in Ostdeutschland in Beschäftigungsgesellschaften und ABS-Gesellschaften seit 1991 entwickelt (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

17. Wie viele Arbeitsplätze sind seit 1990 bis 1996 abgebaut worden in der/dem/den

- Landwirtschaft,
- Bergbau,
- Energie,
- Bau,
- Metall/Elektro/übrigen verarbeitenden Gewerbe,
- Handel,
- Verkehr/Bahn/Post,
- Banken,
- Versicherungen

(bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

18. Wie hat sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten seit 1990 in den neuen Bundesländern entwickelt (bitte auch Untergliederung nach einzelnen Ländern)?

19. Aus welchem sozialen Status heraus werden diese Beschäftigungen aufgenommen, und wie ist die Geschlechterverteilung (bitte mindestens für 1990 und 1996)?

20. Wodurch will die Bundesregierung eine drastische Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit in den landwirtschaftlich bestimmten Regionen erreichen und insbesondere der Jugend einen Anreiz geben, sich im ländlichen Raum eine Existenz aufzubauen?

21. Wie viele Frauen sind gegenwärtig in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben Ostdeutschlands tätig als
 - „Wiedereinrichterinnen“,
 - „mithelfende Familienangehörige“,
 - Angestellte in 520-Mark Jobs,
 - in ABM-Maßnahmen oder Maßnahmen nach § 249 h?Wie viele dieser Frauen sind vollzeitbeschäftigt, wie viele teilzeitbeschäftigt?
22. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen und die Berufswahlchancen von Mädchen im ländlichen Raum der ostdeutschen Länder im Zeitraum 1993 bis heute, und welche Konzepte hat sie für eine Verbesserung der Berufschancen von Frauen?
23. Wie hat sich die Zahl der FuE-Beschäftigten (Forschung und Entwicklung) in Ostdeutschland seit 1990 und im Vergleich zu den alten Bundesländern insgesamt und in den Bereichen der wirtschaftsnahen Forschung, der außeruniversitären Forschung und der Forschung an Hochschulen entwickelt?
24. Welche Aussagen kann die Bundesregierung zu zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnissen im ostdeutschen FuE-Bereich treffen, auch zur Relation befristeter/unbefristeter Stellen und zum Ost-West-Vergleich?
25. Wie hat sich die Wissenschaftlerarbeitslosigkeit in Ostdeutschland seit 1990 in absoluten Zahlen, der Anteil von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der Zahl der Arbeitslosen und die Struktur der Wissenschaftlerarbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter verändert?
26. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, etwa 50 000 bis 70 000 arbeitslose Wissenschaftler und Ingenieure durch gezielte Maßnahmen im Bereich der Forschungs- und Technologieförderung in den Arbeitsprozeß wieder einzugliedern?
27. In welcher Größenordnung ist durch das Auslaufen befristeter Arbeitsverträge, einschließlich sog. Forschungs-ABM, dem Auslaufen befristeter Fördermaßnahmen (u. a. WIP) und mit dem Auslaufen von Beschäftigungszusagen privatisierter Treuhandunternehmen mit einem weiteren Abbau von FuE-Arbeitsplätzen in den Jahren 1997 und 1998 zu rechnen, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?
28. Wie hoch war in den ostdeutschen und in den westdeutschen Bundesländern 1996 gegenüber 1989 der durchschnittliche Zeitaufwand von Frauen und Männern in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten, der für hauswirtschaftliche Tätigkeiten sowie die Betreuung von Kindern und anderen pflegebedürftigen Personen aufgewandt wurde?

29. Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung der Entwicklung entgegentreten, daß in den neuen Bundesländern der Anteil vollerbwerbstätiger Mütter seit 1991 immer weiter zurückgegangen ist und sich dadurch vor allem die Erwerbslosenquote der Mütter erhöht hat (nach „Die Familie im amtlichen Spiegel“, 1997)?
30. Wie groß ist der Personenkreis der 55- bis 60jährigen Frauen und Männer, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind?
31. Teilt die Bundesregierung den Standpunkt, daß für 55- bis 60jährige Frauen und Männer Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern im Widerspruch zu ihrer bisherigen Lebensplanung steht, mit Verlust an sozialen Kontakten, Mitwirkung an der Gesellschaft und Kompetenz verbunden sind?

Wenn ja, wie will die Bundesregierung hier gegensteuern?

32. Wie hat sich seit 1990 die Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, die spezifische Arbeitslosenquote und die Vermittlung in Arbeit von Menschen mit Behinderungen entwickelt (differenziert nach Jahren, Alter, Geschlecht, Bundesländern, öffentlichen und privaten Arbeitgebern)?
33. Wie bewertet die Bundesregierung die im Vergleich mit nichtbehinderten Arbeitnehmern seit 1990 erfolgte weit überproportionale Aussonderung behinderter Menschen aus Erwerbsarbeit in Ostdeutschland, und wo sieht sie die wichtigsten Ursachen für diesen Prozeß?
34. Wie hat sich seit 1990 die Anzahl, das Platzangebot beschäftigter schwerbehinderter Menschen und die regionale Verteilung der Werkstätten für Behinderte entwickelt?

In welchem Umfang und mit welchen Ergebnissen erfolgte durch den Bund eine Förderung der Werkstätten für Behinderte in Ostdeutschland, und wie bewertet die Bundesregierung im Vergleich zu westdeutschen Werkstätten den erreichten Stand?

Führungskräfte

35. Wie hoch ist der Anteil der Beamten und Angestellten der Bundesbehörden, die bis zum 3. Oktober 1990 Bürger der DDR waren?
- Wie viele der Beamten und Angestellten der Bundesbehörden, die bis zum 3. Oktober 1990 Bürger der DDR waren, sind im höheren Dienst tätig?
36. Wie viele ehemalige Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die bis zum 3. Oktober 1990 Bürger der Bundesrepublik Deutschland waren, arbeiten zur Zeit im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands (aufgeschlüsselt nach Bundesbehörden, Landesregierungen und -verwaltungen sowie Kommunen)?

Wie viele davon sind im höheren Dienst tätig?

Wie groß ist etwa ihr Anteil an den Beamten im höheren Dienst?

37. Wie viele Lehrstühle an ostdeutschen Hochschulen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit 1990 neu besetzt bzw. neu eingerichtet, und wie wurden sie in den einzelnen Kategorien (C2 bis C4) durch Ostdeutsche bzw. Westdeutsche besetzt?
38. Welche Veränderungen vollzogen sich in den ostdeutschen Bundesländern seit 1990 hinsichtlich des Anteils von Frauen im öffentlichen Dienst und im mittleren und höheren Management in der privaten Wirtschaft (bitte zum Vergleich den Anteil von Frauen an den mittleren und höheren Leitungsfunktionen [ab Abteilungsleiterin aufwärts] in Wirtschaft und Verwaltung in der DDR 1989 angeben)?
39. Wie viele in der Land- und Forstwirtschaft Ostdeutschlands tätige Frauen arbeiteten 1989 in
- Leitungsfunktionen/Management,
 - Büro und Verwaltung,
 - technischen Berufen?
- Und wie viele sind es gegenwärtig?

Wanderungsbewegungen

40. Welche Auswirkungen haben die Wanderungsbewegungen nach 1990 besonders von jungen Menschen in bezug auf die Bevölkerungsentwicklung in den Städten der neuen Bundesländer?
- Wo haben sich diese jungen Menschen angesiedelt?
41. Welche Regionen (Städte, Landkreise, Arbeitsamtbezirke) in Ostdeutschland haben sich zu „Abwanderungsregionen“ und welche zu „Zuwanderungsregionen“ entwickelt?
- Wie beurteilt die Bundesregierung statistische Beobachtungen, wonach durch die Abwanderung junger Menschen Gemeinden und Kreise „vergreisen“?
- Welche Möglichkeiten zur Gegensteuerung sieht die Bundesregierung?

III. Transferleistungen, Einkommen, Eigentum, Altschulden

Transferleistungen

42. Wie hoch waren die als Transferleistungen ausgewiesenen Mittel des Bundes von 1990 bis 1996 jährlich, die an die neuen Bundesländer nach Abzug der dort eingenommenen Steuern und Abgaben gezahlt wurden?
- Welche finanziellen Mittel für welche Zwecke (bitte einzeln aufschlüsseln) werden von der Bundesregierung als Transferleistungen gewertet?
- Wieso zählen Löhne und Gehälter für Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern als Trans-

ferleistungen, wenn die Beschäftigten aus den alten Bundesländern stammen?

43. Wie hoch waren die als Transferleistungen ausgewiesenen Mittel des Bundes von 1990 bis 1996 jährlich für kommunalen Straßenbau/Öffentlichen Personennahverkehr, Städtebau, sozialen Wohnungsbau, Hochschulbau, Wohngeld, BAföG, Kriegsofferfürsorge, Kindergeld, Arbeitslosenhilfe, Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherung, Erziehungsgeld, Bundeswasserstraßen, Straßenbauplan, Eisenbahnen, Bundesvermögens-/Bauangelegenheiten, Naturschutz, Gasölverbilligung, Verteidigung, Zivildienstleistende, Leistungen nach RegG für Schienen-Personennahverkehr an die einzelnen neuen Länder (bitte einzeln aufschlüsseln)?

Werden solche Transferleistungen auch für die alten Länder jeweils ermittelt?

- a) Wenn ja, wie hoch beliefen sie sich jährlich von 1990 bis 1996 insgesamt?
- b) Wenn nein, warum nicht?

44. Wie hoch ist das Aufkommen an Solidaritätszuschlag aus den neuen Ländern?

Wie hoch sind die Zahlungen des Bundes an Bayern und an Nordrhein-Westfalen jeweils?

45. Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die westdeutschen Banken durch übermäßige Zinseinnahmen Milliardengewinne aus der Übernahme der DDR-Kreditinstitute gezogen haben, die Notwendigkeit, diese Banken erheblich verstärkt finanziell am Aufbau der neuen Bundesländer zu beteiligen?

46. Kann die Bundesregierung die Gesamtsumme von mindestens 20 Mrd. DM an zusätzlichen Zinseinnahmen bestätigen?

Welche alternativen Berechnungen zu den Zinsgewinnen der Banken bei der Übernahme der DDR-Banken hat die Bundesregierung erstellt, und zu welchen Ergebnissen sind sie jeweils gelangt?

Verhältnis der Entwicklung der Einkommen und Belastungen der Bürgerinnen und Bürger

47. Wie haben sich die Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen neuen Ländern seit 1990 entwickelt?
48. Wie haben sich die Mieten in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen neuen Ländern seit 1990 entwickelt?
49. Wie haben sich die tatsächlich zu entrichtenden Nutzungsentgelte für Erholungsgrundstücke seit 1990 in den neuen Bundesländern entwickelt?

50. Wie haben sich die Zuzahlungen für Medikamente in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen neuen Ländern seit 1990 entwickelt?
51. Wie haben sich die Portogebühren für Briefe, für Karten, für Pakete und für Eilsendungen sowie für Telefongebühren in der Bundesrepublik Deutschland und jeweils in den einzelnen neuen Ländern seit 1990 entwickelt?
52. Wie haben sich die Eisenbahntarife in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen neuen Ländern seit 1990 entwickelt?
53. Wie haben sich die Nahverkehrstarife in Berlin-Ost, Chemnitz, Cottbus, Dessau, Dresden, Erfurt, Frankfurt/Oder, Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam, Rostock, Schwerin und Suhl seit 1990 jeweils entwickelt?
54. Wie haben sich die Kosten für Energie in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen neuen Ländern seit 1990 entwickelt?
55. Wie haben sich die Kosten für Abwasserentsorgung in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen neuen Ländern seit 1990 entwickelt?
56. Wie hat sich in den Jahren 1989 bis 1996 der Anteil des Einkommens
 - von Frauen allgemein,
 - von abhängig beschäftigten Frauenam durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Bundesländern und in Westdeutschland entwickelt?
57. Wie entwickelte sich in den ostdeutschen Bundesländern seit 1990 die Differenz zwischen dem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen
 - einer Produktionsarbeiterin zu dem eines Produktionsarbeiters,
 - einer weiblichen zu dem eines männlichen Angestellten(bitte zum Vergleich die entsprechenden Zahlen für die DDR im Jahre 1989 angeben)?

Eigentum/Altschulden

58. Welche Wirkungen für die Identifikation der Menschen mit ihren Bundesländern entstehen nach Ansicht der Bundesregierung dadurch, daß 85 Prozent des produktiven Vermögens in den Besitz westdeutscher Unternehmen überführt wurden, ein weiterer Teil an ausländische Eigentümer ging und die Ostdeutschen relativ besitzlos dastehen?
59. Wie viele Nutzer von Erholungsgrundstücken, Datschen und Kleingärten gab es in Ostdeutschland am 3. Oktober 1990?

Wie viele Nutzer haben ihre Grundstücke inzwischen aufgegeben?

Aus welchen Gründen?

60. Wie hoch ist der Anteil des Eigentums an Grund und Boden in Ostdeutschland, der seit dem 3. Oktober 1990 an natürliche und juristische Personen aus den alten Bundesländern übergegangen ist?

Wie hoch ist der Anteil, der sich heute noch in Händen natürlicher und juristischer Personen, die bis zum 3. Oktober 1990 ihren Wohnort bzw. Sitz in der DDR hatten, befindet?

61. Wie hoch war nach heutiger Erkenntnis die Gesamtanzahl aller Restitutionsansprüche auf Häuser und Grundstücke in Ostdeutschland, und auf wie viele Häuser und Grundstücke bezogen sie sich?

Wie viele davon sind bisher entschieden?

Mit welchem Ergebnis?

Wie viele Fälle unredlichen Erwerbs gibt es?

62. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Antragstellungen aus den alten Bundesländern?

63. Auf welchen geschätzten Vermögenswert (heutiger Verkehrswert) in Deutsche Mark belaufen sich die Restitutionsforderungen insgesamt?

64. Wie groß ist die heutige Abarbeitungsquote pro Bundesland?

65. Verfügt die Bundesregierung über Daten, die den Anteil einzelner Fallgruppen an der Gesamtzahl der Restitutionsansprüche auf Häuser und Grundstücke belegen (bitte nach

– vermieteten Häusern unter staatlicher Verwaltung,

– „Modrow-Käufen“

– davon sog. Komplettierungskäufe und sog. Komplettkäufe –,

– Überlassungsverträgen zu Wohnzwecken,

– Überlassungsverträgen zu Erholungszwecken,

– Nutzungsverträgen über Erholungsgrundstücke durch Nutzungsurkunden

aufgliedern)?

Wie hoch ist die Abarbeitungsquote der einzelnen Fallgruppen?

Falls die Bundesregierung nicht über entsprechende Daten verfügt:

- a) Warum ist die Bundesregierung nach sieben Jahren deutscher Einheit immer noch nicht im Besitz von konkreten Daten, um Aussagen über den Anteil einzelner Fallgruppen machen zu können?

- b) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Erarbeitung wirklichkeitsnaher Gesetze auch ohne den Besitz dieser Daten möglich war?
- c) Wenn nein, was hat die Bundesregierung unternommen, um in den Besitz dieser Daten zu gelangen?
- d) Warum hat die Bundesregierung nicht die Chance der Wohnraum- und Gebäudezählung in Ostdeutschland im Herbst 1995 genutzt, um wenigstens teilweise in den Besitz dieser Daten zu gelangen?
- e) Gibt es wenigstens Schätzungen über den Anteil von
- vermieteten Häusern unter staatlicher Verwaltung,
 - „Modrow-Käufen“,
 - davon sog. Komplettierungskäufe und sog. Komplettkäufe –,
 - Überlassungsvertragsnehmern zu Wohnzwecken,
 - Überlassungsvertragsnehmern zu Erholungszwecken,
 - Inhabern von Nutzungsurkunden über Erholungsgrundstücke?
66. Wie schätzt die Bundesregierung die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland ein, die durch die Anwendung des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“ bewirkt wurden?
67. Wie viele direkte Kosten (Bundesamt, Landesämter und Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen) verursachte das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ der Bundesrepublik Deutschland bisher (bitte auf die einzelnen Jahre verteilt)?
68. Wie hoch sind nach Schätzung der Bundesregierung die indirekten volkswirtschaftlichen Kosten durch Verwaltungsaufwand in den Kommunen sowie durch die verstärkte Belastung von Notaren und Gerichten (bitte auf die einzelnen Jahre verteilt)?
69. Wie hoch sind nach Schätzung der Bundesregierung die volkswirtschaftlichen Verluste, die durch ungelöste Eigentumsfragen und damit ausbleibende Investitionen des Bundes entstanden sind (bitte auf die einzelnen Jahre verteilt angeben)?
70. Um wie viele Personen hätte sich nach Schätzung der Bundesregierung die Zahl der Arbeitslosen verringern können, wenn diese Investitionen erfolgt wären?
71. Hält die Bundesregierung die derzeitigen gesetzliche Regelungen zu offenen Vermögensfragen in Ostdeutschland für ausreichend oder sind weitere Gesetzesänderungen beabsichtigt (bitte aufschlüsseln auf Vermögensgesetz, Sachenrechtsbereinigungsgesetz, Schuldrechtsänderungsgesetz, Nutzungsentgeltverordnung etc.)?

Eigentum in der Landwirtschaft

72. Sieht die Bundesregierung (außer bei der Lösung von Aufgaben des Naturschutzes) weitere Situationen, in denen sie bereit ist, Teile der Bodenreformflächen zu Sonderkonditionen den Ländern oder Kommunen zur Verfügung zu stellen?
73. Wird die Bundesregierung entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Altschulden ihre Möglichkeit zur Verbesserung der Entschuldungsregelungen in der Weise wahrnehmen, daß sie die LPG-Nachfolgebetriebe von den nicht werthaltigen Altschulden entschuldet?

Altschulden bei Wohnungen

74. Wie viele Wohnungen wurden in den ostdeutschen Ländern auf der Grundlage des Altschuldenhilfe-Gesetzes (AHG) bis 1997 verkauft bzw. veräußert (bitte detailliert nach Ländern, kommunalen Wohnungsunternehmen sowie Genossenschaften, Soll und Ist, darunter an Mieterinnen und Mieter, Genossenschaften, Zwischenerwerber, Dritte)?
75. Können Wohnungsunternehmen, die nachweisen, daß sie sich intensiv um die Privatisierung von 15 Prozent ihres Bestandes gemäß AHG an die Mieterinnen und Mieter bzw. die Genossenschaftsmitglieder bemüht haben, und es trotzdem nur zum Teil geschafft haben (wegen der geringen Kaufkraft, fehlendem Kaufwunsch, komplizierter Wohnungsstruktur usw.), auf Antrag von einem Teil der Privatisierungsaufgabe befreit werden, oder müssen sie bis zum Jahr 2003 ausharren und auf eine positive Entscheidung der Kreditanstalt für Wiederaufbau hoffen?
76. Wie hoch waren bisher die gesamten Aufwendungen des Bundes für die Umsetzung des AHG und insbesondere der Privatisierungsaufgabe (aufgeschlüsselt nach Zuschüssen und Förderprogrammen, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen, Personalkosten, Verwaltungsaufwendungen, Studien und Modellvorhaben)?
77. Wie viele Wohnungen von kommunalen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Bund, Bahn, Post sowie „TLG-Wohnungen“ (Treuhandliegenschaftsgesellschaft und Nachfolgeorganisationen) wurden darüber hinaus in den einzelnen ostdeutschen Ländern von 1990 bis 1997 verkauft bzw. privatisiert (darunter an Mieterinnen und Mieter, Genossenschaften, Zwischenerwerber, Dritte)?
78. In welcher Weise haben sich die Wohnungsprivatisierungen sowie die Sonderabschreibungsmöglichkeiten positiv oder negativ auf das Ziel, ausgewogene Bewohnerstrukturen (insbesondere in Großsiedlungen) zu erhalten, ausgewirkt?
79. Wie hat sich in den ostdeutschen Ländern die Wohneigentumsstruktur von 1990 bis 1996 entwickelt (kommunale Mietwohnungen, sonstige Mietwohnungen sowie

vermietete Eigentumswohnungen, Wohnungen in Genossenschaften, selbstgenutztes Wohneigentum)?

80. Wie hat sich der Wohnungsleerstand in Ostdeutschland von 1990 bis 1997 entwickelt, und wie hoch ist dabei der jeweilige Anteil an strukturellem Leerstand?

IV. Wirtschaft/Treuhand/Landwirtschaft/Steuern/Verkehr

81. Wie hoch war der Anteil der einzelnen neuen Länder und der alten Länder insgesamt 1990, und wie hoch ist er gegenwärtig
- am Bruttoinlandsprodukt,
 - an der Industrieproduktion,
 - am Export,
 - an der Forschung?
82. Wie bewertet die Bundesregierung die unterschiedliche Struktur der Größen der Unternehmen in den alten und in den neuen Ländern (Unternehmen bis 99 Beschäftigte, bis 199 Beschäftigte, bis 499 Beschäftigte, über 1 000 Beschäftigte), insbesondere hinsichtlich einer selbsttragenden Entwicklung und der Wirkungen für Aufträge an kleine und mittlere Unternehmen, Existenzgründer und Dienstleistungsfirmen?
83. Worin sieht die Bundesregierung qualitative Unterschiede, zum Beispiel in der Fähigkeit der kleineren Firmen,
- a) den Zugang zu Förderprogrammen zu erschließen,
 - b) um außenwirtschaftlich zu agieren?
 - c) Wie stellt sich die Bundesregierung, zum Beispiel durch eine den Möglichkeiten kleiner Firmen gerechtere Darbietung der Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten, darauf ein?
84. Welche Unternehmen haben ihre Zentrale in die neuen Länder verlegt?
- Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?
- Wie will die Bundesregierung konkret die Verlagerung von Unternehmenszentralen in die neuen Länder unterstützen?
85. Wie beurteilt die Bundesregierung Untersuchungsergebnisse, wonach von kleinen und mittleren Unternehmen, trotz einer Reduzierung des Müllanfalls um 30 Prozent, höhere Kosten für die Müllentsorgung der verminderten Menge in den letzten Jahren zu bezahlen waren?
86. In welchen Schwerpunkten sieht die Bundesregierung erfolgversprechende Möglichkeiten für eine Forschungs- und Technologieförderung, vor allem im außeruniversitären Bereich, in den neuen Bundesländern?
87. Welches sind die Hemmnisse für den Absatz von Produkten aus ostdeutschen Unternehmen?

88. Welche Wirkung hatte die Offensive von Bundesverwaltungen zum verstärkten Einkauf von Produkten aus den neuen Bundesländern?
89. Wie beurteilt die Bundesregierung die Initiative, eine verstärkte Listung von Produkten aus Ostdeutschland bei den Handelsketten vorzunehmen?
90. Wie wirksam sind die eingeleiteten Maßnahmen zum Absatz von Produkten aus ostdeutschen Unternehmen?
91. Wie hat sich der Absatz von Produkten, die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt wurden, in die Länder des ehemaligen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe von 1990 bis 1996 entwickelt, und welchen Anteil haben daran ostdeutsche Produkte?
 - a) Welche Hemmnisse bestehen für den Absatz ostdeutscher Produkte in diese Länder?
 - b) Wie wirksam sind die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Absatz von Produkten aus ostdeutschen Unternehmen in diese Länder?
92. Was gedenkt die Bundesregierung zur Veränderung der Ursachen für die Hemmnisse zu tun?
93. Wie bewertet die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung von MBO/MBI-Unternehmen (MBO: „Management Buy Out“; MBI: „Management Buy In“) in den neuen Bundesländern, darunter insbesondere MBO/MBI-Unternehmen der ehemaligen Treuhandanstalt?
94. In welchem Umfang wurde diesen Unternehmen bei der Erhaltung des Betriebes finanzielle Unterstützung durch die Treuhandanstalt gewährt?
95. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Schulden der MBO/MBI-Unternehmen in den neuen Bundesländern?

Treuhand

96. Welche Ergebnisse hat die aus dem Parteienvermögen der DDR finanzierte Akquisitionsgesellschaft Industrial Investment Council GmbH erzielt?
97. Welches Konzept vertritt die Bundesregierung zur weiteren Verfahrensweise mit größeren Unternehmen im Bereich der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben vor dem Hintergrund des zeitlichen Auslaufens ihres Auftrages?
98. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß „erfolgreich“ privatisierten Unternehmen immer wieder Investoren „abspringen“ und Unternehmen wie die Betriebe E.-W.B. oder B.K. GmbH vor einer Gesamtvollstreckung stehen?

Welche Faktoren sind die hauptsächlichen Ursachen für weitere Verluste an Arbeitsplätzen?

Welche Untersuchungen wurden dazu von der Bundesregierung veranlaßt, und zu welchen Ergebnissen sind sie jeweils gelangt?

99. In welchem Umfang ist aus ehemaligen Treuhandunternehmen ein Miteigentum der Belegschaft am produktiven Vermögen entstanden?

Wie bewertet die Bundesregierung diesen Umfang?

In welchem Umfang wurde das von der Bundesregierung unterstützt?

Welche weitere Unterstützung erhalten MBO-Unternehmen?

100. Wie beurteilt die Bundesregierung die restriktive Haltung der Banken bei der Kreditierung von Unternehmen mit einer Adresse „nur“ aus den neuen Ländern?

101. Welche Impulse für einen wirtschaftlichen Aufschwung gingen von der „Bankenmilliarde“ aus?

102. In welchem Umfang sind öffentliche Gelder über die Treuhandanstalt und ihre Nachfolgeorganisationen in private Kassen geflossen, ohne daß ein Nutzen für die Allgemeinheit entstanden ist?

In wie vielen Fällen wurden Gelder in Unternehmen gesteckt, die nach Firmenpleiten von diesen nicht mehr zurückgezahlt wurden?

Welchen Umfang hatten diese Leistungen?

103. Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung zur Notwendigkeit, die Förderung und Gründung von technologieorientierten Unternehmen, vor allem im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, durch eine vereinfachte Verfahrensgestaltung zu unterstützen?

104. Wie bewertet die Bundesregierung die Existenzgründung

a) von neugegründeten Unternehmen,

b) von aus der ehemaligen Treuhandanstalt übernommenen Unternehmen,

c) von Selbständigen von 1990 bis 1996?

105. Wie viele Unternehmen der genannten Kategorien mußten ihre Existenz in dieser Zeit aufgeben?

Wie viele Arbeitsplätze sind dadurch verlorengegangen?

106. Wie wird durch die Bundesregierung die Insolvenzentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und in den neuen Bundesländern bewertet?

107. Wie bewertet die Bundesregierung die Veränderung der Arbeits- und Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger in ehemaligen industriellen Ballungsgebieten der neuen Bundesländer von 1990 bis 1996 und ihre Folgen auf die infrastrukturelle Entwicklung der Städte und Gemeinden?

108. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um die vorrangige Aufarbeitung von Industriebranchen und die Entwicklung von Stadtkernen in den neuen Bundesländern zu befördern?

Kosten für Gewerbetreibende und Unternehmen in den neuen Ländern

109. Wie hoch sind die Preise für Elektroenergie für Großkunden (Sondervertragskundenbereich) und im gewerblichen Tarifkundenbereich in den einzelnen neuen Bundesländern jeweils und im Durchschnitt der alten Bundesländer?
110. Wie haben sich die Strompreise in den einzelnen Bereichen in den alten und den neuen Bundesländern (bitte einzeln auflühren) jeweils seit 1990 entwickelt?
111. Wie hoch haben sich die Gewerberaummieten für Gewerbetreibende in der Bundesrepublik Deutschland, in den einzelnen alten und in den neuen Ländern seit 1990 entwickelt?
112. Wie haben sich die Gewerberaummieten in Citybereichen in Berlin seit 1990 entwickelt?
113. Welche Arten von Fördermitteln und Subventionen der unterschiedlichen Ebenen Bund, Länder und Kommunen sind in welchem Umfang in den Bau von Bürogebäuden in den alten und in den einzelnen neuen Ländern jeweils geflossen?
114. Wie hoch ist der Leerstand an Bürogebäuden in der Bundesrepublik Deutschland und den einzelnen neuen Ländern?

Landwirtschaft

115. Wie beurteilt die Bundesregierung die Herausbildung großer Agrarbetriebe und von Unternehmen als juristische Personen in Ostdeutschland?
116. Welches Ziel verfolgt die Bundesregierung, wenn sie davon spricht, daß der Umstrukturierungsprozeß in Ostdeutschland noch nicht abgeschlossen sei?
117. Welche agrarpolitischen Vorhaben leitet die Bundesregierung aus der unterschiedlichen Agrarstruktur in Ost- und Westdeutschland ab, und welche spezifischen Interessen ostdeutscher Agrarbetriebe will sie bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik nachdrücklich vertreten?
118. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, damit durch ihre Politik der Privatisierung der Bodenreformflächen die Existenz ostdeutscher Agrarbetriebe nicht gefährdet wird?
119. In welchem Umfang hält die Bundesregierung die Revitalisierung der Tierproduktion in Ostdeutschland für notwendig?
120. Auf welche Weise soll in den ostdeutschen Regionen mit wenig ertragreichen Böden (vor allem in Mecklenburg-Vor-

pommern und Brandenburg) eine flächendeckende Landwirtschaft gefördert werden?

121. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Disproportionen zwischen Agrarproduktion, Verarbeitung und Handel überwinden zu helfen?
122. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung ein koordiniertes Herangehen an die Regionalentwicklung, die Verbindung von Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik und eine gesellschaftlich optimale Standortverteilung der Produktion fördern?
123. Welche Notwendigkeit und Möglichkeit sieht die Bundesregierung, Einfluß auf die Herstellung von regionalen Stoffkreisläufen zu nehmen und das wirtschaftliche Zurückbleiben bestimmter Regionen zu verhindern, beziehungsweise den Aufholprozeß zu fördern?
124. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um für die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum die Versorgung mit öffentlichen und Gemeinschaftsleistungen zu garantieren?

Steuern

125. Wie hoch sind die Subventionen für die Landwirtschaft pro Kopf der Bevölkerung einerseits in den alten und andererseits in den neuen Bundesländern?
Woraus resultiert der angenommene Unterschied von etwa 50 %, und wie will die Bundesregierung künftig eine Gleichstellung gewährleisten?
126. Wie hoch ist das jährliche Volumen der Körperschaftsteuer von 1991 bis 1996, das auf Gewinne von in den neuen Bundesländern ansässigen Niederlassungen von Unternehmen mit Sitz in den alten Bundesländern erhoben wird?
127. Wie hoch ist das jährliche Volumen der Einkommensteuer von 1991 bis 1996, das auf Einkommen entfällt, die in den neuen Bundesländern erzielt worden sind, aufgrund des Wohnortprinzips aber in den alten Bundesländern erhoben wird?
128. Wie hoch ist der der Gewerbeertragsteuer zugrundeliegende jährliche Gewerbeertrag von 1991 bis 1996 für die neuen Bundesländer?
129. Wie hoch ist der der Gewerbeertragsteuer zugrundeliegende jährliche Gewerbeertrag von 1991 bis 1996 aus den gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 KStG genannten Unternehmen für die neuen Bundesländer?

Verkehr

130. Wie groß ist die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten und Verletzten in den einzelnen Ländern seit 1989, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Senkung der Unfallzahlen ergriffen?

131. Wie hat sich das Verkehrsaufkommen in der Binnenschifffahrt seit 1990 entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung in den neuen Ländern?
132. In welchem Umfang ist es seit 1990 zu Bahnstrecken-Stilllegungen und Bahnhofsschließungen in den neuen Bundesländern gekommen (getrennt nach Bundesländern)?
133. Welche Eisenbahnstrecken (Strecke, Länge, Bundesland) wurden in den neuen Bundesländern seit 1990 stillgelegt, für welche Strecken wurde die Stilllegung beantragt, und welche Strecken werden derzeit Dritten angeboten?
134. Welche Auswirkungen haben die Streckenstilllegungen auf den Öffentlichen Personennahverkehr?
135. Wie hoch beziffern sich die Ausgaben des Bundes, der Länder und der Kommunen in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) seit 1990 jeweils in der Straßeninfrastruktur, in der Infrastruktur der Luftfahrt, in der Schieneninfrastruktur und in der Wasserstraßen-Infrastruktur?
136. In welche Bereiche flossen seit 1990 die Mittel aus dem GVFG-Programm (GVFG: Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) in den neuen Bundesländern (aufgeteilt nach Motorisiertem Individualverkehr/Busverkehr/Schiene-Personennahverkehr etc. sowie nach Ländern)?
Wie wirkt sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Kürzung der GVFG-Mittel künftig auf das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs und die kommunale Straßeninfrastruktur aus?
137. Wie entwickelte sich der Güterverkehr in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) in den Jahren seit 1985 auf der Straße, zu Wasser und auf der Schiene (Güteraufkommen in Tonnen sowie Güterverkehrsleistung in Tonnenkilometern) im Binnenverkehr, im Wechselverkehr mit den alten Bundesländern sowie im grenzüberschreitenden Verkehr?
Wie entwickelte sich die mittlere Versandweite der einzelnen Verkehrsträger?
138. In welcher Weise und mit welchen Beträgen förderte die Bundesregierung den Gleisanschlußverkehr sowie den kombinierten Güterverkehr in den neuen Bundesländern?
Wie entwickelte sich die Zahl der vorhandenen und die Zahl der benutzten Gleisanschlüsse in den einzelnen neuen Bundesländern?
139. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um den Wildwuchs von Gewerbegebieten, Einkaufszentren und Großmärkten „auf der grünen Wiese“ und ohne Gleisanschluß in den neuen Bundesländern einzudämmen?
140. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschränkung der Erfüllung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung dergestalt, daß einerseits Einkaufs- und Dienstleistungsmöglich-

keiten sowie Poststellen in kleineren Orten wegfielen und andererseits Strecken der Deutschen Bahn und des Nahverkehrs stillgelegt und die Häufigkeit von Verbindungen eingeschränkt wurden?

Wie beurteilt die Bundesregierung das speziell für das Berliner Umland?

141. Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunft des in den neuen Bundesländern verwendeten Ampelsymbols des „Grünen Ampelmännchens“?
142. Wie viele Bahnhöfe und Bahnsteige der Deutschen Bahnen in den neuen und alten Bundesländern wurden seit 1990 unter Verwendung öffentlicher Mittel rekonstruiert, modernisiert oder neu gebaut, und wie viele sind entsprechend den Prinzipien der Barrierefreiheit ausgerüstet worden?
143. Wie viele Autobahnkilometer, Notrufsäulen, Tankstellen und Raststätten wurden in den neuen Bundesländern auch mit öffentlichen Mitteln rekonstruiert, modernisiert oder neu gebaut, und wie viele der oben genannten Einrichtungen sind dadurch ohne größere Einschränkungen und Fremdhilfe für Menschen mit Behinderungen nutzbar?

Abwasserwirtschaft

144. Welche Arten von Fördermitteln und Subventionen der unterschiedlichen Ebenen Bund, Land und Kommunen sind in welchem Umfang in die Abwasserwirtschaft geflossen?
145. Wie hoch ist der durchschnittliche Wasser- und Abwasserpreis in der Bundesrepublik Deutschland, in den alten und einzelnen neuen Bundesländern?
146. Wie hoch ist der Wasser- und der Abwasserpreis in den einzelnen Ländern?
147. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit der eingesetzten Fördermittel und Subventionen?
148. Wie beurteilt die Bundesregierung eingetretene Fehlentwicklungen insbesondere im Hinblick auf überdimensionierte und fehlerhafte sowie nicht funktionsfähige Anlagen?
149. In welchem Umfang müssen die Bürgerinnen und Bürger für die Folgen von Fehlentscheidungen mit höheren Abwasserpreisen rechnen bzw. zahlen diese schon?
150. In welchem Umfang führten eingesetzte öffentliche Mittel zu keinem Effekt in bezug auf eine Verbilligung der Abwasserentsorgung?

Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen

151. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Mißstände, denen mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen“ – in Kraft getreten am 23. April 1996 – abgeholfen werden sollte, in beträchtlichem Maße weiterhin wirksam sind, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung angesichts der de facto

weiter gegebenen Rechtsungleichheit zu unternehmen, bzw. welche Maßnahmen sind geplant, um bereits eingetretene Schäden in Natur und Umwelt bzw. Infrastruktur, sofern dies noch möglich ist, zu beheben, im anderen Fall zumindest eine finanzielle Entschädigung zu leisten?

V. Bildung und Wissenschaft

Bildung, Ausbildung

152. Wie soll eine verstärkte Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in den neuen Ländern, die – laut Berufsbildungsbericht 1997 – unter 20 Prozent liegt, künftig erreicht werden?
153. Wie schätzt die Bundesregierung die Neuordnung der beruflichen Bildung in den neuen Bundesländern ein?
154. Haben Ausbildungsplatzförderprogramme und Gemeinschaftsinitiativen Ost – verbunden mit Appellen an die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft – zur angestrebten von der Wirtschaft selbst verantworteten Ausbildung geführt?
Wenn nein, warum nicht?
155. Wie will die Bundesregierung die im Berufsbildungsbericht 1997 festgestellte Angebots-Nachfrage-Bilanz im dualen System der neuen Länder, die einen Rückgang von 102,1 in 1992 auf 90,8 in 1996 ausweist, tendenziell umkehren?
156. Hält die Bundesregierung die konzeptionelle Neugestaltung der Bund-Länder-Programme, die zur staatlichen Subventionierung betrieblicher „Praktikumsplätze“ führt, für geeignet, ein auswahlfähiges betriebliches Lehrstellenangebot in den neuen Bundesländern zu fördern?
Wenn ja, warum?
Wenn nein, warum nicht?
157. Wie schätzt die Bundesregierung die Wirksamkeit der in den neuen Ländern angewandten Methoden zur Schließung von Ausbildungsplatzlücken hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf die alten Bundesländer ein?
158. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Betriebe und Einrichtungen gesetzlich zur Ausbildung zu verpflichten?
159. Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung ein ausreichendes und auswahlfähiges Lehrstellenangebot für die aufgrund demographischer Entwicklungen in den nächsten Jahren zu erwartenden steigenden Bewerber- und Bewerberinnenzahlen, und zwar in den alten und in den neuen Bundesländern sichern?
160. Wie sieht das Berufswahlverhalten von Mädchen in den alten und in den neuen Bundesländern aus?
Welche Veränderungen haben sich seit 1989 diesbezüglich in den neuen Bundesländern ergeben?

161. Wie entwickelte sich in den ostdeutschen Bundesländern in den Jahren von 1990 bis 1996 der Anteil von Frauen an gewerblich-technischen Ausbildungsberufen?
162. Wie viele Mädchen befinden sich gegenwärtig in den neuen Bundesländern in einer land- oder forstwirtschaftlichen Ausbildung in welchen Berufsfeldern, und welchen Anteil an den insgesamt in der Land- und Forstwirtschaftwirtschaft eingestellten Auszubildenden macht das aus?
163. Existieren in der Berufsberatung der neuen Bundesländer spezielle Angebote für Mädchen, die sie auf die Konsequenzen der jeweiligen Berufswahl hinweisen?
164. Existieren in Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendämtern, Beratungsstellen o.ä. Einrichtungen der neuen Bundesländer differenzierte Angebote für Mädchen und Jungen, die sich kritisch mit der weiblichen und der männlichen Rolle in der patriarchalen bundesdeutschen Gesellschaft auseinandersetzen?
- Wenn ja, in welchen Bundesländern, von welchen Anbietern und mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten?
- Wenn nein, welches andere Konzept verfolgt die Bundesregierung bei der Veränderung des traditionellen Rollenverständnisses?
165. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Ausbildungssituation behinderter Menschen in den neuen Bundesländern, und welche Veränderungen sind in den Jahren seit 1989 feststellbar (differenziert nach Berufsförderungswerken, öffentlichen und privaten Arbeitgebern, Bundesländern und Geschlecht)?

Wissenschafts- und Hochschulpolitik

166. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß in den neuen Bundesländern auf 100 000 Einwohner 118 FuE-Beschäftigte kommen und in den alten Ländern 433, während im Vergleich zwischen BRD und DDR die Relation annähernd ausgeglichen war?
167. Welche wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen nach Auffassung der Bundesregierung zwischen neuen und alten Bundesländern in der Hochschulforschung, in der außeruniversitären Forschung und in der Industrieforschung, und wie haben sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede seit 1990 entwickelt?
168. Wie haben sich die Anteile von Frauen und Mädchen an der Gesamtzahl der Studierenden, der Absolventen von Hochschulen, der Promotionen und Habilitationen in Ostdeutschland seit 1990 verändert, und wie bewertet die Bundesregierung diese Veränderungen (die Angaben bitte nach Fachrichtungen und Jahren aufschlüsseln)?

169. Welche Studienfächer wählen junge Frauen?
Wie hoch ist der Anteil von Frauen und Männern in den jeweiligen Studienfächern 1988 und 1995, aufgeschlüsselt nach Ost- und Westdeutschland?
170. Wie viele der bis zu seinem Auslaufen Ende 1996 im Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) erfaßten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind in welchen Nachfolgeprogrammen untergekommen oder anderweitig verblieben, wie viele wurden arbeitslos, und wie bewertet die Bundesregierung insgesamt das Scheitern des WIP?
171. Wie haben sich Umfang und Struktur der Weiterbildung an Hochschulen Ostdeutschlands im Vergleich zur DDR verändert, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Veränderungen?
172. Wie bewertet die Bundesregierung angesichts der anhaltenden Diskussionen über Hochschulzugang und des Postulates der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung die in der DDR möglich gewesenen Wege zur Hochschule, insbesondere die Berufsausbildung mit Abitur?

VI. Gesundheit

173. Wie haben sich die Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen in Ostdeutschland und Ostberlin (seit 1995 Berlin) im Vergleich zu den alten Bundesländern seit 1991 entwickelt (bitte nach Ländern, Kassenarten und Hauptausgabengruppen aufschlüsseln)?
174. Wie haben sich die durchschnittlichen Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung in Ostdeutschland seit 1991 im Vergleich zu den alten Bundesländern entwickelt (bitte nach Ländern und Kassenarten aufschlüsseln)?
175. Wie bewertet die Bundesregierung gegenwärtig die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenkassen in Ostdeutschland bzw. in Berlin, und wie schätzt sie die künftige Entwicklung ein?
176. Hält es die Bundesregierung für angezeigt, den Risikostrukturausgleich für die gesamte gesetzliche Krankenversicherung (neue und alte Bundesländer) gemeinsam durchzuführen?
177. Wie haben sich die durchschnittlichen Umsätze und die wirtschaftliche Situation der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte seit 1991 in den neuen Bundesländern im Vergleich zur Situation in den alten Ländern entwickelt (bitte auch aufschlüsseln nach Ausgaben der Krankenkassen je Arzt in den verschiedenen Fachdisziplinen sowie nach Ländern)?
178. Wie hat sich seit 1989 die Zahl der poliklinischen Einrichtungen bzw. Gesundheitszentren in den neuen Bundesländern entwickelt, und wie viele Ärztinnen und Ärzte und anderes Personal sind (aufgeschlüsselt nach einzelnen Jah-

- ren) in ihnen beschäftigt (bitte insgesamt und getrennt nach Ländern)?
179. Über welche Daten verfügen die Bundesregierung bzw. die Länder, aus denen auf die wirtschaftliche Situation dieser poliklinischen Einrichtungen geschlossen werden kann?
180. Wie hat sich seit 1991 die Zahl der Akut-Krankenhäuser, Akut-Krankenhausbetten und der Beschäftigten in diesen Einrichtungen entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Ländern; die Personalentwicklung zusätzlich nach Ärzten, sonstigem medizinischem Personal und nicht-medizinischem Personal ausweisen)?
181. Wie hat sich seit 1991 die Trägerstruktur der Akut-Krankenhäuser in den ostdeutschen Ländern entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Ländern einschließlich Ostberlin sowie nach kommunalen freien gemeinnützigen und privaten Trägern)?
182. Wie ist der Stand der Umsetzung eines längerfristigen Investitionsprogramms für die Krankenhäuser in den neuen Ländern, das mit dem Gesundheitsstrukturgesetz entsprechend dem Einigungsvertrag beschlossen wurde?
Über welche Zahlen verfügt die Bundesregierung, die Aussagen darüber erlauben, in welchem Maße Bund, Länder und Krankenkassen den ihnen daraus erwachsenden Verpflichtungen bisher nachgekommen sind (bitte getrennt nach Ländern darstellen)?
183. Wie hat sich die ärztliche und generell die personelle Besetzung des öffentlichen Gesundheitsdienstes seit 1990 in den neuen Ländern entwickelt (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?
184. Wie stellen sich seit 1990 in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten Ländern die Ergebnisse auf dem Gebiet des Impfwesens dar (bitte aufschlüsseln nach Ländern sowie nach den verschiedenen entsprechend dem Impfkalender empfohlenen Impfungen)?
185. Welche Aussagen kann die Bundesregierung
- a) über die Anzahl der Suizide bei ost- und westdeutschen Frauen und Männern,
 - b) über die Entwicklung der Suizidhäufigkeit in den letzten sieben Jahren insbesondere im Vergleich zu vor 1989 bei Frauen und Männern in den neuen Bundesländern
- machen?
186. Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich einer veränderten Krankheitshäufigkeit und Krankheitsdauer von Frauen und Männern in den neuen Bundesländern?
Wie hat sich diese entwickelt, und welche Ursachen sind dafür bekannt?

187. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung des Gesundheitsvorsorgeverhaltens bei ost- und westdeutschen Frauen und Männern in den letzten sieben Jahren, insbesondere im Vergleich zu vor 1989?

189. Wie viele Kuren, darunter Mütterkuren, und mit welcher Dauer wurden in den Jahren von 1990 bis 1997 durch ostdeutsche Frauen in Anspruch genommen?

In welchem Verhältnis steht die Anzahl dieser Kuren zu denen ostdeutscher Männer und zu denen westdeutscher Frauen und Männer?

VII. Wohnen/Bauen

190. Wie viele Wohnungen, die den DIN 18 024 und 18 025 entsprechen, wurden seit 1990 in den neuen Bundesländern sowie insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland mit öffentlicher Förderung gebaut (differenziert nach Jahren und Bundesländern sowie Umfang der öffentlichen Förderung)?

191. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur barrierefreien Gestaltung der vier ostdeutschen Modellstädte, und sind die Bundeszuwendungen an die Bedingung der Barrierefreiheit gebunden?

192. Hat das Statistische Bundesamt im Rahmen eines Projektes Möglichkeiten und Grenzen für eine amtliche Erhebung der Wohnungslosigkeit von Frauen im Rahmen der Bundesstatistik geprüft, wie dies die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Gruppe der PDS vom November 1996 (Drucksache 13/6325) in Aussicht gestellt hat?

Welche Ergebnisse liegen dazu gegenwärtig vor, welche Schlußfolgerungen zieht das Statistische Bundesamt aus diesen Ergebnissen, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung?

193. Wann, an wen, mit welchen Schwerpunkten und für welchen Zeitraum hat die Bundesregierung die in der gleichen Antwort in Aussicht gestellte Rechtstatsachenforschung zu eventuellen Änderungen der geltenden Regelung für die Wohnungszuweisung bei Gewalt in Beziehungen an das Gewaltopfer vergeben?

194. Welche Ergebnisse hat das Modellprojekt „Hilfen für alleinerziehende Frauen in Problemsituationen“ erbracht, welchen konkreten Handlungsbedarf leitet die Bundesregierung daraus für die Verbesserung der Wohnsituation dieses Personenkreises ab?

195. Nach Angaben der Bundesregierung vom November 1996 lagen ihr zu diesem Zeitpunkt keine Daten zu geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Gesundheitssituation von Wohnungslosen vor.

Hat die Bundesregierung in der Zwischenzeit Anstrengungen unternommen, diese Daten einzuholen?

Wenn nicht, weshalb nicht, wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

VIII. Kultur

196. Wie schätzt die Bundesregierung den Stand und die verbleibende Laufzeit für die Verwirklichung des Artikels 35 des Einigungsvertrages ein?
197. Welche Position bezieht die Bundesregierung im Streit mit dem Berliner Senat über die Notwendigkeit einer „Substanzförderung“ bzw. einer „Zusatzförderung“ der Kultur in Berlin?
198. Worin sieht die Bundesregierung den Unterschied zwischen einer eigenständigen und durch den Senat zu verantwortenden Berliner Kulturpolitik und den durch den Bund zu tragenden kulturellen Hauptstadtaufgaben?
- Welche „gesamtstaatlichen und hauptstadtbedingten Kulturaufgaben“ kommen im Zusammenhang mit bzw. nach dem Regierungsumzug zusätzlich in die Verantwortung der Bundesregierung?

IX. Rente/Rentenüberleitung

199. Für wie viele Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern sind per 1. Januar 1997 die Sozialzuschläge weggefallen, und welcher Anteil davon suchte danach die Sozialämter auf (bitte auch getrennt nach Ländern, Rentenarten und Geschlecht)?
200. Wird dem grundgesetzlich verankerten Vertrauensschutz entsprochen, wenn bei der Rentenberechnung Lücken allein dadurch entstehen, daß in der DDR anerkannte rentenrechtliche Zeiten im Bundesrecht nicht respektiert werden, obwohl den Betroffenen keine nachträgliche Korrektur ihrer Versicherungsbiographie respektive Ausrichtung der Lebensbiographie auf das bundesdeutsche Rentenrecht möglich ist?
201. Wann gedenkt die Bundesregierung die verbliebenen Begrenzungen bei der Rentenberechnung für Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern, die von diesen als Strafrecht empfunden werden, zu beseitigen?
202. Welche Unterschiede bestehen zwischen den Altersbezügen von Ruheständlerinnen und Ruheständlern der neuen Bundesländer zu denen der alten Bundesländer, die gleichen Berufsgruppen angehören und vergleichbare Beschäftigungen verrichteten, wie beispielsweise
- Ärztinnen und Ärzte (getrennt nach in eigener Praxis niedergelassenen und in Einrichtungen angestellten),
 - Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Pädagoginnen und Pädagogen (in den alten Bundesländern getrennt nach verbeamteten und angestellten),
 - Künstlerinnen und Künstlern sowie Tänzerinnen und Tänzern an öffentlichen Einrichtungen,

- öffentlich Bedienstete in Bundes- und Landesbehörden, einschließlich Polizei, Zoll und Armee und ähnliche Organe,
 - Beschäftigte von Eisenbahn und Post sowie mittleres medizinisches Personal (bitte je Ruhestandsgruppe aufgelistet)?
203. Welche Überlegungen existieren bei der Bundesregierung, die mit der Rentenüberleitung zum größten Teil liquidierten Zusatz- und Sonderversorgungssysteme und andere Versorgungsansprüche aus der DDR-Zeit durch Bundesgesetzgebung zu gewähren?
204. Wann und wie gedenkt die Bundesregierung die Ungleichbehandlung gegenüber ostdeutschen Bergleuten ab 50 Jahren zu korrigieren, die infolge Unternehmensabwicklung ihre Arbeit verloren haben, seit dem Ende der Geltungsdauer des Rentenüberleitungsgesetzes mit dem Jahr 1996 jedoch keine dem Anpassungsgeld – ab 50 Jahre – bzw. der Knappschaftsausgleichsleistung – ab 55 Jahre – entsprechende Leistung wie ihre von Stilllegungsmaßnahmen betroffenen Kollegen in den alten Bundesländern mehr erhalten?

X. Rechtliche Probleme/Diskriminierung und Ausgrenzung

205. Wie beurteilt die Bundesregierung die in Meinungsumfragen zum Ausdruck kommende abnehmende Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland, in der Bundesrepublik Deutschland „zum Recht zu kommen“ (Untersuchungsreihe von ipos im Auftrag des Bundesministeriums des Innern „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1991 bis 1993: 44 Prozent, 37 Prozent, 31 Prozent)?
- Hat sich diese Tendenz 1994 bis 1996 fortgesetzt?
- Wenn ja, wie?
- Sieht die Bundesregierung angesichts der Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland mit der Justiz Handlungsbedarf, die Bürgerrechte einschließlich des Rechts auf Justizgewährung, besser zu gewährleisten?
- Wenn ja, welche Reformen sind erforderlich, und inwieweit sollten dabei auch Erfahrungen aus der DDR berücksichtigt werden?
206. Wie viele Mitarbeiter des vor der Vereinigung etwa 2,3 Millionen Angehörige umfassenden öffentlichen Dienstes der DDR sind bis heute aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden?
- Wie viele Personen wurden neu in den in Ostdeutschland befindlichen Bundesbehörden, im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer und der Kommunen eingestellt?
207. Wie viele Entlassungen im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands im Bereich der Bundesbehörden sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Rahmen einer ordentlichen Kündi-

gung und wie viele im Rahmen einer außerordentlichen Kündigung nach Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A des Einigungsvertrages erfolgt?

Wie viele sind aufgrund einer Aufhebungsvereinbarung aus dem Dienst geschieden?

208. Wie viele der amtierenden Richter und Staatsanwälte in den neuen Bundesländern waren bis zum 3. Oktober 1990

a) Bürger der DDR,

b) Bürger der alten BRD?

Wie viele sind es speziell im Land Berlin?

209. Wie viele Staatsanwälte bzw. Polizeibeamte und Angestellte, die bis zum 3. Oktober 1990 Bürger der DDR waren, arbeiten in der Berliner Generalstaatsanwaltschaft II und in der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität?

Wie hoch ist jeweils etwa ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten?

210. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der vom Menschenrechtsausschuß der VN in seinen Schlußbemerkungen vom 6. November 1996 geübten Kritik, Entlassungen aus politischen Gründen zugelassen zu haben (vgl. Dokument CCPR/C/79/Add.73, Punkt 17)?

211. Welche aktuellen Angaben liegen der Bundesregierung vor

a) über die Zahl der eingeleiteten staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren wegen „Regierungskriminalität“ und anderer teilungsbedingter Delikte,

b) über die Zahl der eingestellten Ermittlungsverfahren auf diesem Gebiet,

c) über die Zahl der Anklagen, der Urteile insgesamt, der rechtskräftigen Urteile und über die verhängten Strafen?

212. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß nach ihren Angaben zur Regierungskriminalität (Drucksache 13/6810) auf etwa 80 Ermittlungen nur eine Anklage und auf 240 Ermittlungen nur ein rechtskräftiges Urteil erfolgt sind?

Stimmt die Bundesregierung der These zu, daß mittels der Installierung der Zentralen Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Generalstaatsanwaltschaft II in Berlin ein blinder Verfolgungseifer in Gang gesetzt wurde, der häufig vor den Gerichten keinen Bestand hat?

XI. Integration von Nichtdeutschen und Aussiedlerinnen und Aussiedlern

213. Wie hoch ist der Anteil der in den neuen Bundesländern und deren Landkreisen sowie in den ostdeutschen Städten (über 100 000 bzw. unter 50 000 Einwohnern) lebenden EU-Bürgerinnen und EG-Bürger bzw. Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten (bitte aufschlüsseln)?

Wie hat sich deren Anteil in den vergangenen sieben Jahren entwickelt?

214. Wie hoch ist der Anteil der in den neuen Bundesländern und deren Landkreisen sowie den ostdeutschen Städten (über 100 000 bzw. unter 50 000 Einwohnern) lebenden Aussiedlerinnen und Aussiedler (bitte aufschlüsseln)?

Wie hat sich deren Anteil in den vergangenen sieben Jahren entwickelt?

215. Wie hoch ist der Anteil der in den neuen Bundesländern und deren Landkreisen sowie den ostdeutschen Städten (über 100 000 bzw. unter 50 000 Einwohnern) lebenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber (bitte aufschlüsseln)?

Wie hat sich deren Anteil in den vergangenen sieben Jahren entwickelt?

216. Welche Förderungs- und Integrationsprojekte im Bereich von Bildung, Kultur und Beschäftigungsförderung für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger bzw. Ausländerinnen und Ausländer außerhalb der EU, Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie für Asylbewerberinnen und Asylbewerber werden in Ostdeutschland durch öffentliche Gelder finanziert bzw. unterstützt (bitte aufschlüsseln)?

Wie haben sich deren Zahl und Finanzausstattung (Personal- und Projektmittel) in den vergangenen sieben Jahren entwickelt, und wie sehen die diesbezüglichen Planungen für die kommenden Jahre aus?

217. Wie viele und welche Bildungs-, kulturellen bzw. sozialpädagogischen Projekte für die Begegnung und Verständigung von Deutschen und Nicht-Deutschen bzw. Aussiedlerinnen und Aussiedlern werden in Ostdeutschland durch öffentliche Gelder finanziert bzw. unterstützt (bitte aufschlüsseln)?

a) Wie hat sich deren Zahl und Finanzausstattung (Personal- und Projektmittel) in den vergangenen sieben Jahren entwickelt, und wie sehen die diesbezüglichen Planungen für die kommenden Jahre aus?

b) Wie ist das Verhältnis der daran teilnehmenden Deutschen und Nicht-Deutschen in Ostdeutschland und im Vergleich zu den alten Bundesländern?

218. Wie viele und welche Projekte für die Begegnung und Verständigung von Deutschen, Polinnen und Polen sowie von Tschechinnen und Tschechen werden in Ostdeutschland durch öffentliche Gelder finanziert bzw. unterstützt (bitte aufschlüsseln)?

Wie hat sich deren Zahl und Finanzausstattung (Personal- und Projektmittel) in den vergangenen sieben Jahren entwickelt, und wie sehen die diesbezüglichen Planungen für die kommenden Jahre aus?

XII. Bekämpfung des Rechtsextremismus

219. Wie werden folgende Aktivitäten des Bundes in den neuen Bundesländern umgesetzt:

„Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“,

„Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“,

„Fairständnis-Kampagne“,

„Modellkonzept zur Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung im kommunalen Sozialraum“,

Aktion „Mit Ausländern leben – gemeinsam geht's besser“,

„Europäische Jugendkampagne gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz“?

a) Innerhalb welcher Zeiträume wurden diese Programme durchgeführt?

b) Werden diese Programme zur Zeit noch durchgeführt?

c) Wenn nein, warum nicht?

d) Wie viele Mittel wurden bzw. werden zur Durchführung dieser Programme zur Verfügung gestellt (bitte im einzelnen auflisten)?

e) Wie viele Mittel werden voraussichtlich im Haushaltsjahr 1998 für die Durchführung dieser Programme zur Verfügung gestellt (bitte im einzelnen auflisten)?

220. Wurden in den neuen Bundesländern Anstrengungen unternommen, um das Problem „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen“ durch die Einrichtung bestimmter Gremien (z. B. „Landesrat für Kriminalprävention“ in Mecklenburg-Vorpommern, „Interministerielle Arbeitsgruppe Extremismus“ in Sachsen) anzugehen?

a) Um welche Gremien handelt es sich im einzelnen?

b) Aus welchen Ministerien (Bundes- und/oder Landesministerien) und gesellschaftlichen Gruppen setzen sich diese Gremien zusammen?

c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit dieser Gremien hinsichtlich des erklärten Ziels der Gewaltprävention?

XIII. Weitere Probleme

221. Wie hat sich von 1989 bis heute die Anzahl der

– Jugend- und Freizeiteinrichtungen,

– Kindereinrichtungen,

– öffentlichen Büchereien

im ländlichen Raum der neuen Bundesländer entwickelt (aufgeschlüsselt nach Regionen)?

222. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für diese Entwicklung, und welche Konzepte hat sie gemeinsam mit den Ländern im Rahmen der Kultusministerkonferenz dagegen entwickelt?

223. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung in den Unterschieden der Fertilitätsrate der Frauen in den alten und in den neuen Bundesländern (vgl. „Die Familie im amtlichen Spiegel“, 1997)?
Welche Konzepte zu einer Angleichung hat sie?
224. Worin sieht die Bundesregierung die Gründe für die stetige Abnahme der Anzahl der Geburten in den neuen Bundesländern, insbesondere im Vergleich zur Zeit vor 1989?
Wie sehen ihre politischen Konzepte aus, die Erziehung und Betreuung von Kindern für Frauen und Männer in der Bundesrepublik Deutschland attraktiver und erstrebenswerter zu machen?
225. Wie bewertet die Bundesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien, damit diese die Anforderungen ihres täglichen Lebens selbständig bewältigen können?
226. In welchem Umfang und für welche Bereiche (ambulant/stationär) wurden von 1990 bis 1994 sowie ab 1995 (entsprechend der Pflegeversicherung) finanzielle Mittel für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur sowie von Pflegeeinrichtungen eingesetzt, und wie bewertet die Bundesregierung den erreichten Stand, untergliedert nach alten und neuen Bundesländern?
227. Mit welchen Ergebnissen wurde die Begutachtung der Pflegebedürftigkeit durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen durchgeführt (differenziert nach ost- und westdeutschen Ländern, Geschlecht, Einstufung in die Pflegestufen, ambulant und stationär, sowie Anteil der pflegebedürftigen Menschen an der Gesamtbevölkerung)?
228. Wie wurden die Mittel aus dem Investitionsfördergesetz „Aufbau Ost“ für den Kinder- und Jugendbereich in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren konkret verwendet?
– Welche Modellprojekte wurden finanziert?
– Welche Maßnahmen wurden im ländlichen Raum realisiert?
– Welche Maßnahmen wurden in Regionen mit schlecht entwickelter Infrastruktur eingeleitet?
229. Welche neuen Ansätze in der Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern, die der dortigen Situation besser entsprechen, sind im Zeitraum 1994 bis 1997 unter Mitinitiative der Bundesregierung erprobt worden?
230. Welchen Mittelumfang stellt der Bund jährlich seit 1990 für die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern
a) im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes,
b) im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes
zur Verfügung?

231. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 1990 eingeleitet, um die Förderrichtlinien und die Förderstrukturen für Vereine und Verbände der Kinder- und Jugendhilfe transparenter zu gestalten und zu vereinfachen?
232. Wie hat sich die Anzahl obdachloser Kinder und Jugendlicher in den neuen Bundesländern seit 1990 entwickelt (bitte getrennt nach Altersgruppen 0 bis 7 Jahre, 7 bis 12 Jahre, 12 bis 18 Jahre, 18 bis 27 Jahre beantworten)?

Bonn, den 22. Juli 1997

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

